

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Kopp, Hellmut Königshaus, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Doha-Runde wieder beleben – WTO-Generaldirektor als Schlichter einsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der vorläufige Verhandlungsstopp der Doha-Runde ist in mehrfacher Hinsicht ein schmerzlicher Rückschlag auf dem Weg zu Freihandel und mehr Wohlstand auf der ganzen Welt. Die Autorität der Welthandelsorganisation (WTO) als global anerkannte Institution für Handelsfragen steht auf dem Spiel. Ihr multilateraler Ansatz ist in Gefahr. Die möglichen ökonomischen und politischen Kosten eines Scheiterns der Welthandelsrunde sind immens. So beziffert die Weltbank globale Einkommenseffekte einer vollständigen Liberalisierung unter der Doha-Runde bis 2015 auf 461,2 Mrd. US-Dollar.

Aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen müssen die Verhandlungen so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Unter dem Eindruck der Terrorangriffe des 11. Septembers 2001 sollte die Doha-Runde eine Demonstration der Handlungsfähigkeit der freien Welt sein. Sie sollte dafür sorgen, dass der freie Handel von Gütern und Dienstleistungen eine Quelle des Wohlstands und der Freiheit bleibt. Von Doha sollte das Signal an die Entwicklungsländer ausgehen, dass sie stärker als bisher in den Austausch von Waren und Dienstleistungen einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, wenn die Runde endgültig scheitern würde.

Gerade Deutschland als größte Exportnation der Welt profitiert von offenen Märkten. Der Export leistet seit Jahren einen erheblichen Wachstumsbeitrag und gleicht Schwächen in der Binnenkonjunktur zum Teil aus. Allein im Jahre 2005 hat die Bundesrepublik Waren und Dienstleistungen im Wert von rd. 786

Mrd. Euro exportiert. Jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt von den Erfolgen der Exportwirtschaft ab. Umgekehrt sorgen offene Importmärkte für Wohlstandsgewinne im Inland, weil Kostenvorteile genutzt werden können: Unternehmen können Rohstoffe und Vorleistungsprodukte günstig einführen. Die privaten Haushalte profitieren von niedrigen Preisen und einer vielfältigen Güterauswahl.

Es ist äußerst bedauerlich, dass die auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg vereinbarten Handelsziele schon einige Tage später zu Makulatur geworden sind. Besonders bei den umstrittenen Agrarfragen haben die Europäer mit der Reform der Zuckermarktordnung, der Entkoppelung der Landwirtschaftssubventionen von der Produktion und der Verpflichtung von Hongkong, die Agrarexportsubventionen bis 2013 auslaufen zu lassen, weitreichende Zugeständnisse gemacht. Andere G8-Teilnehmer sind bei ihren Beiträgen über Lippenbekenntnisse bislang nicht hinausgekommen. So wurde der im G8-Papier in Aussicht gestellte Abbau interner Stützungsleistungen im Agrarbereich bei den anschließenden Verhandlungen zwischen der EU, den USA, Japan, Indien, Brasilien und Australien von den USA nicht ausreichend konkretisiert. Es wäre nun an der Zeit, dass nicht nur die EU, sondern auch andere WTO-Mitglieder unter den Industriestaaten, insbesondere die USA, und die sogenannten Schwellenländer zu Zugeständnissen bereit sind. Bei der internen Stützung des heimischen Agrarsektors oder bei Themen wie Industriezöllen, Dienstleistungsexport oder Schutz geistigen Eigentums sollten einige WTO-Mitgliedstaaten endlich Kompromissbereitschaft zeigen.

Die Ankündigungen von EU-Handelskommissar Peter Mandelson, mit Indien und anderen Ländern separate Handelsverträge schließen zu wollen, zeigen, dass bei einem endgültigen Scheitern der WTO-Verhandlungen der Bilateralismus auf dem Vormarsch ist. Doch bilaterale Handelsabkommen können nur die zweitbeste Lösung für mehr Freihandel sein. Sie erhöhen die Informations- und Transaktionskosten der Handeltreibenden. Außerdem werden tendenziell eher bestehende Handelsströme verstärkt als neue erschlossen. Darunter leiden am Ende die am wenigsten entwickelten Länder am meisten, weil sie einmal mehr außen vor bleiben.

Es ist Fakt, dass der Zugang zu den internationalen Märkten ein wichtiges Instrument der Entwicklungspolitik ist. Die Teilnahme am Welthandel sorgt für mehr Wohlstand, eine bessere Bildung und Gesundheit in den am wenigsten entwickelten Ländern. Als Sofortmaßnahme für die am wenigsten entwickelten Länder hat der EU-Handelskommissar Peter Mandelson einen Aktionsplan vorgeschlagen, der separat von den WTO-Verhandlungen und damit sofort umgesetzt werden könnte. Er ist in vielen Punkten deckungsgleich mit den entwicklungspolitischen Passagen der Erklärung des G8-Gipfels. Die geforderte Aufstockung der handelsbezogenen Entwicklungshilfe, der Bürokratieabbau bei den Zollverfahren, ein quotenfreier Marktzugang und vereinfachte Streitlichtungsverfahren sind Instrumente, die den ärmsten Ländern der Welt Chancen eröffnen, am Handel teilzunehmen und Wohlstand aus eigener Kraft zu schaffen.

Die Doha-Runde braucht einen erfolgreichen Abschluss. Verhandlungsunterbrechungen gab es auch in vorherigen Welthandelsrunden. Der Durchbruch bei der Uruguay-Runde wird heute maßgeblich dem so genannten Dunkel-Draft zugeschrieben. Damals ergriff der GATT-Direktor Arthur Dunkel die Initiative und stellte ein Papier aus den unterschiedlichen Forderungskatalogen der Mitgliedstaaten zusammen, das trotz anfänglicher massiver Widerstände und Proteste der Mitgliedstaaten schließlich als Verhandlungsgrundlage diente. In Anbetracht der festgefahrenen Verhandlungen und der bald auslaufenden Handelsvollmacht des US-Präsidenten könnte auch diesmal ein solches von der WTO erstelltes Papier neuen Schwung in die Verhandlungen bringen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der großen Bedeutung des freien Welthandels mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gerade weil auch innerhalb der EU große Mitgliedstaaten zu Protektionismus neigen, muss der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie seine bislang wenig aktive Rolle aufgeben und künftig die Einflussmöglichkeiten der Mitgliedstaaten der EU zumindest in gleicher Weise nutzen wie dies andere große Mitgliedstaaten in der Vergangenheit auch getan haben. Hierzu bietet insbesondere die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 beste Voraussetzung;
2. sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass der Generaldirektor der WTO als Schlichter eingesetzt wird. Aufbauend auf die Erfahrungen der Uruguay-Runde sollten die WTO-Mitglieder den Direktor dieses Mal bewusst beauftragen, ein Kompromisspapier zu entwerfen, das dann als weitere Verhandlungsgrundlage dienen kann. Mit diesem Schritt würde gleichzeitig die WTO als supranationale Institution gestärkt;
3. die Pläne des EU-Handelskommissars für einen Aktionsplan zu unterstützen, der Sofortmaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder vorsieht.

Berlin, den 21. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

